

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
1	Abwasserzweckverband „Planetel“, Brück	-	Keine Stellungnahme eingegangen	
2	Brandenburgischer Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen Facilitymanagement Team 3	-	Keine Stellungnahme eingegangen	
3	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege	17.03.2026	<p>Unsere fachliche Stellungnahme vom 14.04.2025, Az.: GV 2025:139 behält weiterhin vollinhaltlich ihre Gültigkeit (im Folgenden <i>kursiv</i> wiedergegeben):</p> <p><i>Unmittelbar angrenzend an das o. g. Vorhaben (Teilfläche 1) sind derzeit drei Bodendenkmale im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Bbg. 9, 215 ff) §§ 1 (1), 2 (1)-(2) registriert (siehe Anlage).</i></p> <p><i>BD i. B. 30040 Cammer 13 Siedlung Urgeschichte</i> <i>BD i. B. 30029 Cammer 2 Gräberfeld römische Kaiserzeit</i> <i>BD i. B. 30030 Cammer 3 Siedlung römische Kaiserzeit</i></p> <p><i>Sollten im Zusammenhang mit dem Vorhaben in diesem Bereich Bodeneingriffe erforderlich werden, gelten folgende Bestimmungen:</i></p> <p><i>Bodendenkmale sind nach BbgDSchG §§ 1 (1), 2 (1)-(3), 7 (1) im öffentlichen Interesse und als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und prägende Bestandteile der Kulturlandschaft des Landes Brandenburg geschützt. Sie dürfen bei Bau- und Erdarbeiten ohne vorherige denkmalschutzbehördliche Erlaubnis bzw. Erlaubnis durch Planfeststellung oder bauordnungsrechtliche Genehmigung und – im Falle erteilter Erlaubnis – ohne vorherige fachgerechte Bergung und Dokumentation nicht verändert bzw. zerstört werden (BbgDSchG §§ 7 <3>, 9 und 11 <3>). Alle Veränderungen und Maßnahmen an Bodendenkmalen sind nach Maßgabe der Denkmalschutzbehörde zu dokumentieren (BbgDSchG § 9 <3>). Für die fachgerechte Bergung und Dokumentation von betroffenen Bodendenkmalen ist nach BbgDSchG §§ 7 (3) und 11 (3) die*der Veranlasser*in kostenpflichtig. Zuwiderhandlungen können als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße von bis zu 500.000 Euro geahndet werden (BbgDSchG § 26 <4>).</i></p> <p><i>Aus Gründen der Planungssicherheit und um eventuell auftretende Verzögerungen im Bauablauf zu vermeiden, besteht für die*den Vorhaberträger*in zudem die Möglichkeit, eine bauvorbereitende archäologische Prospektion im restlichen Vorhabenbereich durchführen zu lassen (vgl. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien [VV EED] vom 20. Juli 2023, Amtsbl. 32 v. 16.08.2023). Hierbei handelt</i></p>	<p>Die drei Bodendenkmalbereiche sowie die nachfolgenden Bestimmungen wurden in die Planzeichnung und in die Begründung nachrichtlich übernommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>es sich um eine kostengünstige und schnell durchführbare Maßnahme. In einem Abstand von 25 m werden Bodenproben entnommen und nach kulturellen Hinterlassenschaften (Tonscherben, Knochen, Metallgegenstände u. Ä.) untersucht. Fällt das Ergebnis der Prospektion positiv aus, sind weitere bodendenkmalpflegerische Maßnahmen gem. BbgDSchG §§ 7 (3), 9 (3) und 11 (3) abzuleiten und i. d. R. bauvorbereitend durchzuführen. Fällt das Ergebnis der Prospektion negativ aus, kann im untersuchten Abschnitt auf weitergehende Schutz- und Dokumentationsmaßnahmen verzichtet werden.</p> <p>Flächen oder Trassen, die lediglich während der Bauzeit genutzt werden (z. B. Bau- und Materiallager und u. U. auch Arbeitsstraßen), sollten möglichst nicht im Bereich des Bodendenkmals eingerichtet werden bzw. nur dort, wo bereits eine Versiegelung des Bodens vorliegt. Durch den notwendigen Oberbodenabtrag und das verstärkte Befahren dieser Flächen mit schwerem Baugerät sowie durch mögliche Bagger- oder Raupenaktivität o. ä. Eingriffe in den Untergrund wird die Bodendenkmalsubstanz umfangreich ge- und zerstört. Sollte es nicht möglich sein, bauzeitlich genutzte unversiegelte Flächen und Wege außerhalb des bekannten Bodendenkmals anzulegen, so werden kostenpflichtige Schutz- bzw. Dokumentationsmaßnahmen notwendig.</p> <p><u>Allgemein:</u></p> <p>Sollten während der Bauausführung im Vorhabenbereich bei Erdarbeiten – auch außerhalb der ausgewiesenen und beauftragten Fläche – Bodendenkmale (Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Knochen, Tonscherben, Metallgegenstände u. Ä.) entdeckt werden, sind diese unverzüglich der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen (BbgDSchG § 11 <1> und <2>). Die Entdeckungsstätte und die Funde sind bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu erhalten, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Gemäß BbgDSchG § 11 (3) kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert. Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren Monat verlängert werden. Die*der Träger*in des Vorhabens hat nach Maßgabe der §§ 7 (3), 9 (3)-(4) und 11 (3) BbgDSchG sowohl die Kosten der fachgerechten Dokumentation im Rahmen des Zumutbaren zu tragen, als auch die Dokumentation sicher zu stellen. Die Denkmalfachbehörde ist berechtigt, den Fund zur wissenschaftlichen Bearbeitung in Besitz zu nehmen (BbgDSchG § 11 <4>).</p> <p>Die bauausführenden Firmen sind über die genannten Denkmalschutzbestimmungen zu unterrichten und zu ihrer Einhaltung zu</p>	Der Hinweis wird beachtet.

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>verpflichten. Im Genehmigungsbescheid ist festzuhalten, dass nach dem Rückbau der Solaranlage das Tiefpflügen oder sonstige intensive Bodeneingriffe im Rahmen des Rekultivierungsprozesses in ausgewiesenen Bodendenkmalflächen nicht erlaubt sind. Sollten beim Rückbau der PV-Anlage Erdeingriffe im Bereich von Bodendenkmalen stattfinden, sind diese nach BgbDSchG § 9 genehmigungspflichtig. Das BLDAM steht für eine Beratung mit der*dem Veranlasser*in der Maßnahmen gern zur Verfügung und ist im weiteren Verfahren zum Bebauungsplan zu beteiligen: Dr. Julia Braungart, E-Mail: julia.braungart@bldam.brandenburg.de <u>Hinweis:</u> Es können jederzeit neue Bodendenkmale auftreten. Änderungen bzw. Ergänzungen des Bodendenkmalbestandes sind jederzeit möglich und zu berücksichtigen. Die Denkmalliste wird kontinuierlich fortgeschrieben. Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4).</p>	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
4	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Bonn	04.03.2026	Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Abwägung nicht erforderlich
5	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Potsdam		Keine Stellungnahme eingegangen	
6	Deutsche Telekom Technik GmbH		Keine Stellungnahme eingegangen	
7	E.DIS AG, Fürstenwalde	02.03.2026	Im Plangebiet befinden sich keine Leitungen und Anlagen unseres Unternehmens. Keine Bedenken	Abwägung nicht erforderlich
8	Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Berlin		Keine Stellungnahme eingegangen	
9	GDMcom Gesellschaft für Dokumentation und Telekommunikation mbH, Leipzig	27.02.2026	Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der Anlagenbetreiber Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) und ONTRAS Gastransport GmbH. Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.	Abwägung nicht erforderlich

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
10	Gemeinde Borkwalde	22.04.2026	nicht berührt	Abwägung nicht erforderlich
11	Gemeinde Golzow	28.04.2026	nicht berührt	Abwägung nicht erforderlich
12	Gemeinde Kloster-Lehnin	06.03.2026	nicht berührt	Abwägung nicht erforderlich
13	Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg	25.03.2026	<p>Landesplanerische Erfordernisse der Raumordnung stehen der o. g. Planungsabsicht (GL Reg.-Nr. 0082/2021) nicht entgegen.</p> <p>Es gelten weiterhin die Inhalte unserer Stellungnahme vom 25.04.2025 (im Folgenden <i>kursiv</i> wiedergegeben):</p> <p><i>Ziele der Raumordnung stehen nicht entgegen.</i></p> <p><i>Mit dem Vorhaben sollen drei Intensivackerflächen als Photovoltaikanlage zur Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie genutzt werden. Für die Teilflächen 2 und 3 sind in der Festlegungskarte des LEP HR keine flächenbezogenen Festsetzungen getroffen worden. Ziele des LEP HR stehen der Planung nicht entgegen.</i></p> <p><i>Nach der Festlegungskarte des LEP HR liegt die Teilfläche 1 im Randbereich des Freiraumverbundes gemäß Ziel Z 6.2 LEP HR. Der Freiraumverbund ist räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden sind ausgeschlossen, sofern sie die Funktionen des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen. <u>Durch die beabsichtigte Planung ist unter Berücksichtigung der raumordnerischen Planunschärfe eine Beeinträchtigung des Freiraumverbundes nicht zu erwarten.</u></i></p> <p>Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht <i>Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007, (GVBl. I S. 235)</i> <i>Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin – Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35)</i></p> <p>Bindungswirkung <i>Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden. Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.</i></p>	<p>Abwägung nicht erforderlich</p> <p>Die Erläuterung wurde in die Begründung übernommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
14	Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-		keine Stellungnahme eingegangen	

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
	Brandenburg, Schönefeld			
15	Landesamt für Bauen und Verkehr	06.03.2026	<p>Aus verkehrsbehördlicher Sicht des Landes bestehen gegen die Aufstellung des Bebauungsplans keine Einwände.</p> <p>Belange der zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Binnenschifffahrt und Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr werden durch die Änderungen und Ergänzungen nicht berührt.</p> <p>übriger ÖPNV</p> <p>Die Teilfläche 1 liegt in nordöstlicher Richtung nicht weit von der Landesstraße L 85 entfernt, auf der nach mir vorliegenden Informationen, Linien des übrigen ÖPNV verkehren. Nach der Gutachterlichen Stellungnahme der SolPEG GmbH wird aufgrund der Lage und Ausrichtung der PV-Anlage Cammer für Fahrzeugführer auf der L 85 eine Blendwirkung durch Reflexionen mit hinreichender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen.</p> <p>Eine Beurteilung des Planungsvorhabens aus ziviler luftrechtlicher Sicht erfolgt gesondert durch die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (Abt. des LBV).</p> <p>Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.</p>	Abwägung nicht erforderlich
16	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe	26.02.2026	<p>nicht betroffen</p> <p>Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)).</p> <p>Auf das Anzeigeportal des LBGR https://bohranzeige-brandenburg.de wird verwiesen.</p>	Abwägung nicht erforderlich
17	Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung, Frankfurt (Oder)		Keine Stellungnahme eingegangen	
18	Landesamt für Umwelt	26.03.2026	<p>Immissionsschutz</p> <p><u>Rechtsgrundlage</u></p> <p>Gemäß § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)4 sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen so weit wie möglich vermieden werden. Mögliche schädliche</p>	

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG können Lärm, Staub, Gerüche, Luftschadstoffe, elektromagnetische Felder, Licht etc. darstellen. Hinsichtlich des Lärms maßgeblich sind die Orientierungswerte des Beiblatts 1 der DIN 18005, Teil 1, bei einwirkendem Anlagenlärm die Richtwerte der Nr. 6.1 der TA Lärm. Bei der Errichtung baulicher Anlagen entstehender Lärm ist entsprechend der Vorgaben der AVV Baulärm zu beurteilen, die Bewertung von Staubbeeinträchtigungen, Gerüchen und einwirkenden Luftschadstoffen erfolgt anhand der TA Luft. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lichtimmissionen werden anhand der Lichtleitlinie ermittelt. Erschütterungen werden gemäß der Erschütterungsleitlinie beurteilt. Hinsichtlich der elektromagnetischen Felder und deren Störwirkung liegt die Zuständigkeit beim Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG).</p> <p><u>Planumfeld</u> Das Plangebiet befindet sich im Gebiet der Gemeinde Planebruch, Amt Brück, Landkreis Potsdam-Mittelmark mit dem Teilbereich 1 nordwestlich des OT Cammer zwischen der L 85 und dem Wald sowie den Teilbereichen 2 und 3 nördlich des OT Cammer auf großen Ackerflächen, die allseitig von Wald umgeben sind. Die Grenze des Truppenübungsplatzes Lehnin verläuft mehr als 500 m östlich der Teilfläche 3.</p> <p>Der Planungsgrundsatz des § 50 BImSchG wird durch die Änderung erfüllt.</p> <p><u>Schutzanspruch</u> Da sich innerhalb des Plangebiets keine Immissionsorte im Sinne des BImSchG befinden, besteht kein Schutzanspruch hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes.</p> <p><u>Immissionssituation</u> Auf das Plangebiet wirken mangels Immissionsort keine unzulässigen Immissionen ein.</p> <p>Vom Plangebiet gehen bei üblicher Nutzung Emissionen in Form von Licht (Blendwirkung), Lärm und elektromagnetischen Feldern aus, die grundsätzlich geeignet wären, in angrenzenden schutzwürdigen Gebieten zu Überschreitungen von Grenz-, Richt- oder Orientierungswerten zu führen. Auf Grund der konkreten örtlichen Verhältnisse sind hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes keine unzulässigen Beeinträchtigungen zu erwarten. In einem relevanten Abstand zum Plangebiet befinden sich keine mir bekannten Anlagen, welche der 12. BImSchV unterliegen. Weitergehende Angaben zum Thema Störfall erübrigen sich somit.</p> <p><u>Umweltbericht</u> Hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes maßgeblich sind die Schutzgüter Mensch / menschliche Gesundheit, Klima und Luft. Den entsprechenden Aussagen zu v. g. Schutzgütern im Umweltbericht kann gefolgt werden.</p> <p><u>Fazit</u> Hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes kann dem Vorhaben in der</p>	<p>Abwägung nicht erforderlich</p>

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>vorgelegten Form zugestimmt werden.</p> <p>Wasserwirtschaft Das Referat W13 (Wasserwirtschaft in Genehmigungsverfahren) hat im Rahmen der Behördenbeteiligung zu genanntem Bebauungsplan zuletzt innerhalb der Gesamtstellungnahme des LfU vom 08.04.2025 eine Stellungnahme abgegeben. Da es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine neuen Erkenntnisse zu dem Vorhaben gibt, behalten die in der Stellungnahme getroffenen Aussagen weiterhin ihre Gültigkeit (im Folgenden <i>kursiv</i> wiedergegeben): <u>Teilfläche 1</u> <i>In dieser Teilfläche befindet sich ein Gewässer II. Ordnung (Graben). Die Pflicht der Unterhaltung obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden. Das Plangebiet schließt Gewässerrandstreifen ein. Das WHG enthält mit dem § 38 eine Vorschrift zum Schutz von Gewässerrandstreifen. Die Vorschrift regelt die Zweckbestimmung von Gewässerrandstreifen (Absatz 1), die räumliche Ausdehnung (Absätze 2 und 3) und die in den Gewässerrandstreifen geltenden Verbote (Absätze 4 und 5). Die Teilflächen 2 und 3 sind bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen.</i></p> <p>Naturschutz Die fachliche Zuständigkeit für den Naturschutz obliegt der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Potsdam-Mittelmark.</p>	<p>Der Gewässerunterhaltungsverband wurde beteiligt.</p> <p>Die Vorschriften zum Gewässerrandstreifen werden eingehalten.</p> <p>Abwägung nicht erforderlich</p>
19	Landesbetrieb Forst Brandenburg Untere Forstbehörde Forstamt Potsdam - Mittelmark	11.03.2026 12.03.2026	<p>Keine Betroffenheit. PVA-Standorte sind kein Wald gemäß § 2 LWaldG. Zuwegungen zu den PVA-Teilflächen 2 und 3 sind Wald (Waldwege) gemäß § 2 Abs. 2 LWaldG Sonstige Informationen oder rechtserhebliche Hinweise: 1. Beachtung von § 16 LWaldG zur Befahrung des Waldes und zum Abstellen von Fahrzeugen im Wald. 2. Beachtung von § 18 LWaldG zur Waldsperrung z.B. Bauzäune, 3. Beachtung von § 24 LWaldG zur Waldverschmutzung durch Ablagerung oder Einleitung von nicht zum Wald gehörenden Gegenständen.</p>	<p>Abwägung nicht erforderlich. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
20	Landesbetrieb Straßenwesen, Dienststätte Potsdam	06.03.2026	<p>Die verkehrliche Infrastruktur sollte mitwachsen. Bei einer signifikanten Änderung der verkehrlichen Situation an Bundes- und Landesstraßen sind weitere Betrachtungen notwendig und Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg einzubeziehen. Außenorts ist auf die Anbauverbotszone § 24 BbgStrG zu achten. Es ist darauf zu achten, keine Bebauung innerhalb der 20 m von der Fahrbahnkante vorzunehmen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis ist gegenstandslos, da der Geltungsbereich sämtlicher Teilflächen 1 bis</p>

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>Die Erweiterung von Wohnbebauungsflächen an Bundes- und Landesstraßen sollte kritisch im Hinblick auf den Immissionsschutz geprüft werden.</p> <p>Ebenso verweisen wir auf die "Innerorts"/"Außerorts"-Grenze durch den OD-Stein (vermesserische Grenze des Ortes). Außerorts ist die Gemeinde erschließungspflichtig über bereits vorhandene Gemeindestraßen (rückwertig).</p>	<p>3 ist zweifellos weiter als 20 m von der Fahrbahnkante von Bundes- und Landesstraßen entfernt ist.</p> <p>Der Hinweis ist gegenstandslos, da der Bebauungsplan "Freiflächen-PVA Cammer" keine Gebiete festsetzt, in denen irgend eine Art von Wohnungsbau zulässig wäre. Die Erschließung wird im Vorhaben- und Erschließungsplan "Freiflächen-PVA Cammer" geregelt und vollständig vom Vorhabenträger übernommen.</p>
21	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR, Potsdam	25.03.2026	<p>Das Planvorhaben sehen wir durchaus kritisch. Zwar halten wir Freiflächensolaranlagen für einen Beitrag zur Energiewende, jedoch ist der gewählte Standort aus unserer Sicht weniger geeignet. Betroffen sind der Freiraumverbund und der Biotopverbund. Auch die hohen Grundwasserstände halten wir für ungünstig für eine Bebauung. Die geplante PVA reicht an das LSG "Hoher Fläming-Belziger Landschaftswiesen" heran. Wir verweisen darauf, dass die Belziger Landschaftswiesen besondere Bedeutung für den Wiesenbrüterschutz (Großtrappe, Feld- und Heidelerche) aufweisen.</p> <p>Wir interpretieren die Stellungnahme des Landesbetriebes Straßenwesen vom 20.5.2025 so, dass die Erschließung nicht gesichert ist. In diesem Fall dürfen keine Baugenehmigungen erteilt werden.</p>	<p>Gemäß Stellungnahmen der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg, der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming sowie der Unteren Naturschutz- und Wasserschutzbehörden sind der Freiraumverbund, der Biotopverbund, das Grundwasser und das LSG "Hoher Fläming-Belziger Landschaftswiesen" vom Vorhaben nicht beeinträchtigt; Großtrappe und Heidelerche sind nicht betroffen. Für die Feldlerche werden planintern Schwarzbrache-Flächen als Ersatzhabitat mit Monitoring festgesetzt. Die verkehrliche Erschließung ist gesichert.</p>
22	Landkreis Potsdam-Mittelmark	27.03.2026	<p>Fachdienst Umwelt, Denkmal und Recht</p> <p>Untere Wasserbehörde Wasserrechtliche Belange stehen dem Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Freiflächen-PVA Cammer" der Gemeinde Planebruch gegenwärtig nicht entgegen.</p> <p><u>Einwände</u> keine</p> <p><u>Anregungen</u> keine</p> <p><u>Hinweise</u></p>	<p>Abwägung nicht erforderlich</p> <p>Abwägung nicht erforderlich</p> <p>Abwägung nicht erforderlich</p> <p>Die Hinweise werden beachtet.</p>

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p><u>Löschwassererschließung</u> Löschwasserbrunnen sind bei der UWB anzuzeigen.</p> <p><u>PV-Module und Trafostationen</u> Im Zuge der Errichtung der PV-Anlagen wird mit wassergefährdenden Stoffen umgegangen. Folgende Hinweise bestehen seitens der UWB für das folgende Bauvorhaben für die PV-Anlagen. Zu der PV-Anlage sind zur Prüfung der Anforderungen nach der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) weitere Ausführungen notwendig: - Handelt es sich in den Kollektorplatten der PV-Anlage um ein flüssiges Wärmeträgermedium? - Wenn ja, dann ist das Sicherheitsdatenblatt vorzulegen mit der Angabe der Mengen der verwendeten wassergefährdenden Stoffe. - Bei der Verwendung ist je nach Menge des wassergefährdenden Stoffes eine Anzeige (siehe Anlage) zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach der AwSV notwendig und an die Bauaufsicht zum Bauverfahren einzureichen. Wie erfolgt die Einspeisung des Stroms? Gibt es dafür technische Anlagen wie z.B. Transformatorenstationen, die Bestandteil dieses Bauantrages sind? Wenn ja, sind folgende weitere Angaben zu machen: - Die Standorte der Transformatorenstation(en) sind im amtlichen Lageplan darzustellen. - Jegliche technische Information zu den Transformatorenstationen. - Eine Auflistung aller wassergefährdenden Stoffe mit denen umgegangen wird, inklusive Mengenangabe und mit entsprechenden Sicherheitsdatenblättern.</p> <p>Untere Abfallwirtschaftsbehörde Abfallrechtliche Belange stehen dem Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Freiflächen-PVA Cammer" der Gemeinde Planebruch gegenwärtig nicht entgegen.</p> <p><u>1. Einwendungen</u> Abfallrechtliche Belange stehen dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Freiflächen-PVA Cammer" der Gemeinde Planebruch gegenwärtig nicht entgegen.</p> <p>a) Einwendungen. Die UAWB hat keine fachlichen Einwendungen zum geplanten Vorhaben.</p>	<p>Mit wassergefährdenden Stoffen wird nicht umgegangen.</p> <p>Wärmeträgermedien werden nicht eingesetzt.</p> <p>Die Einspeisung erfolgt in die 110 kV-Leitung bei Golzow; der erforderliche Transformator steht auf dem Gelände des dortigen Umspannwerks.</p> <p>Mit wassergefährdenden Stoffen wird nicht umgegangen.</p> <p>Abwägung nicht erforderlich.</p>

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>b) Rechtsgrundlage:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212). zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 2. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56) - Verordnung über die Bewirtschaftung von gewerblichen Siedlungsabfällen und von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen (Gewerbeabfallverordnung - GewAbfV) vom 18. April 2017 (BGBl. I S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 28. April 2022 (BGBl. I S. 700) - Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) vom 6. Juni 1997 (GVBl.I/97, [Nr. 05], S.40) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Juni 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 24], S., ber. [Nr. 40]) <p>c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen): Nicht erforderlich.</p> <p>2. <u>Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts</u> Keine Hinweise.</p> <p>3. <u>Hinweise für Überwachungsmaßnahmen</u> Keine Hinweise.</p> <p>4. <u>Weitergehende Hinweise</u></p> <p>1. Abfälle, die im Rahmen von Baumaßnahmen anfallen, sind gemäß §§ 7 ff. des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) getrennt zu halten und einer stofflichen oder energetischen Verwertung zuzuführen, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Auch anfallender Bodenaushub, der nicht vor Ort wiederverwendet wird, ist Abfall im Sinne dieses Gesetzes und zu entsorgen. Anfallender Bodenaushub, der nicht vor Ort wiederverwendet wird, ist vor der Entsorgung auf Schadstoffe zu untersuchen. Die Probenahme und Analytik hat nach den Vorgaben der Mitteilung 32 der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall, PN 98 zu erfolgen. Es sind diesbezüglich die Anforderungen gemäß Abschnitt 3, Unterabschnitt 2 ErsatzbaustoffV einzuhalten. Hierfür dürfen ausschließlich akkreditierte Labore beauftragt werden. Die gesetzliche Pflicht zur Abfalltrennung gebietet einen qualifizierten und kontrollierten Umgang mit Abfällen. Eine Vermischung unterschiedlicher Abfallarten ist unzulässig. Baustellen sind daher so einzurichten, dass u. a. nicht</p>	<p>Abwägung nicht erforderlich</p> <p>Abwägung nicht erforderlich</p> <p>Die Hinweise werden im Bauantrag und bei der Bauausführung beachtet.</p> <p>Nicht vor Ort wiederzuverwendender Bodenaushub fällt voraussichtlich nicht an; andernfalls führt der Bauantrag Näheres aus.</p>

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>verwendete Baustoffe, Bauschutt, Bodenaushub, Glas, Kunststoffe, Metalle, Holz sowie Papier und Pappe getrennt erfasst werden. Zur Erfüllung der Getrennthaltungspflicht sind in ausreichendem Maße Sammelbehälter bereitzuhalten.</p> <p>Folgende Pflichten sind in diesem Zusammenhang bei Bau- und Abbrucharbeiten (Gesamtabfallmenge > 10 m³) zu erfüllen (s. a. Informationen zur novellierten Gewerbeabfallverordnung des MLUL¹):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Getrenntsammlungs- und Verwertungspflichten nach § 8 Abs. 1 Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) - Dokumentationspflichten nach § 8 Abs. 3 GewAbfV - Vorbehandlungs- und Aufbereitungspflichten für Gemische nach § 9 Abs. 1 GewAbfV - Dokumentationspflichten für Gemische nach § 9 Abs. 6 GewAbfV <p>Nicht verwertbare Abfälle sind gemäß § 15 KrWG gemeinwohlverträglich zu beseitigen. Für die Entsorgung (Verwertung oder Beseitigung) sind ausschließlich dafür zugelassene und geeignete Unternehmen heranzuziehen. Die Verantwortung obliegt dem Bauherrn.</p> <p>Entsorgungsbelege wie Rechnungen, Wiegescheine, Übernahmescheine, etc. sind aufzubewahren (Dokumentation) und bei der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde auf Verlangen einzureichen.</p> <p>2.</p> <p>Im Zusammenhang mit einer ggf. notwendigen Entsorgung anfallender mineralischer Abfälle hat die Zuordnung der Abfälle zu einer Abfallart nach Abfallverzeichnisverordnung (AVV) entsprechend des Erlasses zur Neufassung der "Vollzugshinweise zur Zuordnung von Abfällen zu den Abfallarten eines Spiegeleintrages in der Abfallverzeichnis-Verordnung" vom 1. März 2023 (Amtsblatt für Brandenburg, 2023, Nr. 13, Seite 243) zu erfolgen. Der Mindestparameterumfang richtet sich dabei nach Anlage 5, Tabelle 1 des vorgenannten Erlasses.</p> <p>3.</p> <p>Hinsichtlich der Entsorgung ggf. anfallender <u>gefährlicher Abfälle</u> gilt:</p> <p>Die Entsorgung regelt sich nach den §§ 48 ff KrWG. <u>Gefährliche Abfälle</u> zur Beseitigung unterliegen gemäß § 3 der Sonderabfallentsorgungsverordnung des Landes Brandenburg (SAbfEV) der Andienungspflicht. Für die Andienung ist folgende Einrichtung zuständig:</p>	<p>Der Hinweis ist gegenstandslos, da beim Betrieb einer Photovoltaikanlage keine gefährlichen Abfälle entstehen.</p>

1 Quelle: <https://mluk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Informationen-Erzeuger-Besitzer-von-Bau-und-Abbruchabfaellen.pdf>

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>- Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH (SBB), Großbeerenstraße 231, 14480 Potsdam, Tel. 0331 27930, www.sbb-mbh.de</p> <p><u>Gefährliche Abfälle</u> gemäß Abfallverzeichnisverordnung sind im förmlichen Nachweisverfahren nach § 50 KrWG i. V. mit §§ 2 ff der Nachweisverordnung einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen. Dazu bedarf es ab einem Gesamtanfall von 2.000 kg (Kleinmengen), bezogen auf alle als gefährlich eingestuften Abfallschlüssel, die an allen Standorten und in einem Jahr anfallen, zwingend einer Erzeugernummer. Diese kann bei der SBB unter https://www.sbb-mbh.de/de/aufgaben-der-sbb/identnummern/erzeugernummer/ beantragt werden. Das elektronische Nachweisverfahren ist für die Entsorgung <u>gefährlicher Abfälle</u> gesetzlich vorgeschrieben. Weitergehende Hinweise zum elektronischen Nachweisverfahren finden Sie unter https://www.sbb-mbh.de/fileadmin/media/publikationen/merkblaetter/merkblatt_signatur_2012.pdf</p> <p>Bei einem Anfall von mehr als 2.000 kg an <u>gefährlichen Abfällen</u> liegt die Zuständigkeit der Überwachung dieser Abfälle beim Landesamt für Umwelt (LfU).</p> <p>4. Bei einem geplanten Einsatz von mineralischen Bauersatzstoffen aus der Abfallwirtschaft (RC- Material) als Schottertrag-/ Frostschutzschicht sind die Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen – Abschnitt 4 der Ersatzbaustoffverordnung zu erfüllen. Die zum Einsatz in ein technisches Bauwerk vorgesehenen RC-Materialien müssen die Anforderungen nach Abschnitt 3 Unterabschnitt 1 oder 2 der EBV einhalten und der Einbau der mineralischen Ersatzbaustoffe hat nur in den für sie jeweils zulässigen Einbauweisen nach Anlage 2 der EBV zu erfolgen. Lieferscheine des eingebauten Recyclingmaterials sind aufzubewahren (Dokumentation) und bei der UAWB auf Verlangen einzureichen.</p> <p>5. Bei Konkretisierung geplanter Bau-/Abbruchmaßnahmen ist die Untere Abfallwirtschaftsbehörde erneut zu beteiligen.</p> <p>Untere Bodenschutzbehörde (siehe Nachtrag vom 27.03.2026, Ifd. Nr. 23)</p> <p>Untere Naturschutzbehörde</p>	<p>Der Hinweis wird ggf. im Bauantrag beachtet.</p> <p>Abwägung nicht erforderlich</p>

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p><u>A. Einwendungen</u> Keine.</p> <p><u>B. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts</u> Keine.</p> <p><u>C. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen</u> Stellt sich im Rahmen der gemeindlichen Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten (§ 4c BauGB) heraus, dass konzeptionelle artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen keinen hinreichenden Erfolg haben, weil sich beispielsweise die zu begünstigenden Arten nicht oder nicht mit der angestrebten Individuen- beziehungsweise Revieranzahl im Maßnahmengbiet ansiedeln, sind sie anzupassen oder alternative Maßnahmen zu entwickeln und bis zum Einstellen des Erfolges durchzuführen. Der Durchführungsvertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger sollte für diesen Fall eine Anpassungsoption enthalten.</p> <p><u>D. Weitergehende Hinweise</u> D.Weitergehende Hinweise 1) Besonderer Artenschutz Die Annahme, dass die drei – insgesamt 2,6 ha großen – SPE-C-Maßnahmenflächen alle sieben vorhabensbedingt verlorengehenden Feldlerchen-Reviere aufnehmen werden, ist aus folgenden Gründen unrealistisch: I. Der Raumanspruch der Feldlerche für ein Brutrevier beträgt innerhalb der Teilfläche 1 bisher entsprechend der Umweltbestandskarte zum B-Plan 5,2 ha (fünf Brutpaare auf rund 26 ha) bei einem Abstand zwischen zwei Brutrevierzentren von mindestens 130 m. II. Zwei der drei SPE-C-Maßnahmenflächen waren zum Zeitpunkt der Kartierung bereits zentral durch jeweils ein Feldlerchen-Brutpaar belegt – namentlich die östliche und die westliche SPE-C-Fläche. Die beiden vorgenannten Brutpaare wurde im Artenschutzfachbeitrag zum B-Plan nicht als vorhabenbedingt verdrängt mitgezählt, weil die Revierzentren außerhalb der SO-Flächen liegen. Wegen der von Feldlerchen regelmäßig zu vertikalen Strukturen und anderen Störreizen wie geschlossenen Waldkulissen, Baumreihen, Baumgruppen, Einzelbäume, Hecken und Gebüsch, Freileitungs-Masten sowie von Menschen mit oder ohne Fahrzeuge genutzte Flächen und Trassen eingehaltenen Abständen können diese Maßnahmenfläche keine weiteren Feldlerchen-Reviere aufnehmen. III. Die zentral in der Teilfläche 1 gelegene SPE-C-Maßnahmenfläche wurde bisher nicht von Feldlerchen besiedelt; vermutlich infolge der Meidung der am zentral innerhalb der Fläche am Kleingewässer stehenden Bäume sowie der Waldrandnähe und der Nähe zu Gehölzen am südlich verlaufenden Graben. Die</p>	<p>Abwägung nicht erforderlich</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zu I. bis III: Der Raumanspruch der Feldlerche ist bei der gegenwärtigen intensiven Ackernutzung mangels Nahrungsangebot um ein Vielfaches höher als bei der festgesetzten Schwarzbrache in den SPE-Flächen C, so dass diese sehr wohl die vorhandenen und die durch die PVA verdrängten Feldlerchen-Brutpaare aufnehmen können. Die Umweltbestandskarte gibt nur die geometrisch ermittelten Revier-Mittelpunkte wieder; vor Ort wurde regelmäßig bei allen Erfassungsgängen festgestellt, dass die Feldlerchen keineswegs die Wald- und Feldgehölzränder meiden, sondern sich vielmehr - teils gemeinsam mit der Heidelereche auch dort nahrungssuchend aufhalten. Aufgrund der gegebenen örtlichen</p>

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>beiden nächsten Feldlerchen-Brutrevierzentren liegen jeweils ca. 120 m von den vorgenannten Bäumen am Kleingewässer entfernt. Das bedeutet, dass die zentrale SPE-C-Fläche wegen der oben genannten Meideabstände als Maßnahmenfläche für die Ansiedlung der Feldlerche ausscheidet. Im Ergebnis sind für die sieben vorhabensbedingt verdrängten Feldlerchen-Brutreviere Ausgleichsmaßnahmen zu entwickeln. Dafür sind folgende vier Maßnahmen geeignet und zweckmäßig:</p> <p>[innerhalb der PV-FFA] a) Belassen einer hinreichenden Anzahl nicht überbauter Zwischenräume von mindestens 9,49 m zwischen Solarmodulreihen mit Ost-West-Ausrichtung [außerhalb der PV-FFA] b) Anlage und Unterhaltung von Blüh- mit Schwarzbrache-Streifen c) Feldlerchenstreifen d) Feldlerchenfenstern</p> <p>Zu a) Berechnung des erforderlichen Reihenabstands: Fachlicher Hintergrund sind die Studie Solarparks – Gewinne für die Biodiversität (Bundesverband Neue Energiewirtschaft e. V. [Hrsg.], 2019) und das Fachgutachten Möglichkeiten und Grenzen des artenschutzrechtlichen Ausgleichs in Solarparks (BGHplanUmweltplanung und Landschaftsarchitektur GmbH, Trier, 2024). Nach erstgenannter Studie wurde im Rahmen des deutschlandweiten Monitorings von PV-FFA festgestellt, dass die Feldlerche zur Besiedlung von PV-FFA zwischen den Modulreihen zwischen Mitte April und Mitte September von ca. 9 bis 17 Uhr besonnte Streifen von mindestens 2,5 m Breite benötigt. PV-FFA mit engerem Modulreihenabständen und ohne sonst geeignete Revierflächen werden von Feldlerchen nicht besiedelt. Das zweitgenannte Fachgutachten attestiert selbst Modulbereichen > 5-6 m nur eine teilweise Eignung/Nachweise in einigen Anlagen beziehungsweise in Einzelfällen auch reduzierte Eignung für die Besiedlung der Feldlerche. Im B-Plangebiet beträgt der Schattenwurf von 3,2 m hohen Objekten (4 m [maximal zulässige Höhe der Module] abzüglich 0,8 m [unterer Abstand der Module zur GOK]) am 15. April 2026 um 9 Uhr 6,99 m (siehe: https://www.sonnenverlauf.de/#/52.2659,12.6563,13/2025.04.15/09:00/3.2/3): 6,99 m (Schattenstreifen) + 2,50 m (besonneter Streifen) = 9,49 m (erforderlicher Zwischenraum) Bei der Standortwahl der Solarmodulreihen mit erweitertem Abstand sind die einschlägigen Meideabstände zu beachten, die Feldlerchen regelmäßig zu vertikalen Strukturen und anderen Störreizen einhalten. Für ein Feldlerchen-Revier sind ca. 300 laufende Meter einzuplanen. Mit Blick auf die in der Regel zwei jährlichen Bruten der Feldlerche sollte für den Fall, dass infolge starker Vegetationsentwicklung eine Zweitbrut auf der Fläche</p>	<p>Verhältnisse kann davon ausgegangen werden, dass die planinternen Schwarzbrache-Flächen ausreichen, die vorhandenen und die 7 zusätzlichen Brutpaare aufzunehmen. Somit entsteht kein Verstoß gegen § 44 BNatSchG. Gemäß § 4c BauGB sind erhebliche Umweltauswirkungen des Vorhabens zu überwachen; in den Durchführungsvertrag wird daher ein Monitoring des Feldlerchenbestandes in den SPE-C-Flächen aufgenommen. Sollte das Monitoring feststellen, dass die planinternen Flächen aus welchen Gründen auch immer nicht ausreichen, die 7 zusätzlichen Feldlerchen-Brutpaare aufzunehmen, werden <u>vorsorglich</u> im Durchführungsvertrag geeignete planexterne Ersatzflächen festgelegt, die derzeit und bis auf Weiteres intensiv ackerbaulich genutzt werden. Bei durch das Monitoring festgestelltem Bedarf werden diese Flächen unverzüglich im erforderlichen Umfang in Schwarzbrache-Flächen überführt und sind damit in der Lage, die verdrängten Feldlerchen-Brutpaare aufzunehmen. Hierüber schließt der Vorhabenträger mit dem Landeigentümer einen Optionsvertrag. Die Vorgehensweise und die folgenden Flächen wurden mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmt (vgl. Stellungnahme Ifd. Nr. 24). Gemarkung Cammer, Flur 8, entlang von gehölzlosen Grabenrändern oder Schlaggrenzen: Flurstück 226, gesamtes Flurstück ca. 3.000 m², lange Seite ca. 200 m: 2 Paare Feldlerchen; Flurstücke 195 + 204 + 207 mit zusammen 260 m Länge: 2 Paare Feldlerchen; Flurstück 231 mit ca. 150 m Länge: 1 Paar Feldlerchen; Flurstück 67 mit</p>

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>unwahrscheinlich ist, die Beweidung beziehungsweise eine Mahd in der zweiten Junihälfte erfolgen. Terminanpassungen durch eine ökologische Baubegleitung sollten allerdings möglich sein. Für die Mahd sollte der Hochschnitt (> 10 cm über Geländeoberkante) bestimmt werden. Daneben sollten auch Bindungen zum Mähschema getroffen werden: partielle Mahd der Fläche mit um einige Wochen versetztes streifenweisen Mähen nur jeder zweiten Modulreihe, Belassen von Mähinseln etc. Das Mahdgut ist zu entnehmen, um den Boden auszuhagern. Besonders positiv wirkt sich die wiederkehrende Herstellung vegetationsarmer oder -loser Bereiche auf die Habitateignung der Fläche für die Feldlerche aus. Die Vorgaben von Mahd- und Beweidungszeiten, der Hochschnitt und Bindungen zum Mähschema sind wirksame Beiträge, die das Verletzen artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG, namentlich die Zerstörung von Gelegen oder das Töten von Jungvögeln der bodenbrütenden Vogelarten, verhindern können.</p> <p>Zu b - d) Anlage auf geeigneten Flächen und in geeigneten Ackerkulturen beispielsweise entsprechend der Fachlichen Hinweise und Empfehlungen des LfULG3. Die Flächen dürfen entweder nicht bereits durch Feldlerchen besiedelt sein oder die Maßnahme muss zu einer Erhöhung der Revierdichte der Feldlerche auf den Maßnahmenflächen führen. Bei der Standortwahl der Maßnahmenflächen sind die einschlägigen Meideabstände zu beachten, die Feldlerchen regelmäßig zu vertikalen Strukturen und anderen Störreizen einhalten. Für ein Feldlerchen-Revier sind bei Durchführung der Maßnahmen unter b) und c) ca. 300 laufende Meter einzuplanen. Für die Maßnahme unter d) sind für ein Feldlerchen-Revier mindestens sechs, besser zehn Lerchenfenster herzustellen – pro Hektar zwei bis drei Lerchenfenster mit maximalem Abstand zu Fahrgassen (damit keine Prädatoren in die Fenster laufen).</p> <p>Die Blüh- mit Schwarzbrache-Streifen, Feldlerchenstreifen oder -fenster sind bis zum abgeschlossenen Rückbau der PV-FFA zu bewirtschaften, alljährlich zu wiederholen beziehungsweise über diesen Zeitraum zu bewirtschaften. Für die Bewirtschaftung der Blüh- mit Schwarzbrache-Streifen gelten die Hinweise der gleichlautenden Anlage, für Feldlerchenstreifen und -fenster sonst einschlägige Hinweise, beispielsweise die Fachlichen Hinweise und Empfehlungen des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie des Freistaats Sachsen oder die Maßnahmenfestlegung für die Feldlerche im Rahmen der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz.</p> <p>Die Maßnahmen sind in geeigneter Weise rechtlich zu sichern.</p>	ca. 430 m Länge unter Aussparung von je 50 m beiderseits der 20 kV-Freileitung: 2 Paare Feldlerchen.

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>2) Genehmigungspflicht der Verlegung von Elektrokabeln zur Stromnetzanbindung Die Verlegung von Elektrokabeln zur Anbindung der PV-FFA an das Stromnetz unterliegt grundsätzlich der Eingriffsregelung. Die Eingriffsgenehmigung ist von der unteren Naturschutzbehörde einzuholen.</p> <p>3) Genehmigungspflicht der Herstellung oder Veränderung von Verkehrsflächen Sofern Verkehrsflächen außerhalb des B-Plans zu verändern oder neu herzustellen sind, ist die dafür grundsätzlich erforderliche Eingriffsgenehmigung von der unteren Naturschutzbehörde einzuholen.</p> <p><u>Fundstellen der zitierten Rechtsvorschriften sowie Handlungsempfehlungen:</u> BauGB: Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist BNatSchG: Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist.</p> <p>Untere Denkmalschutzbehörde, Baudenkmalschutz Das Plangebiet für den vorliegenden Entwurf zum o. g. B-Planverfahren befindet sich in der direkten Umgebung des Denkmals „Bockwindmühle, an der Straße nach Golzow“ in 14822 Gemeinde Planebruch OT Cammer, das gemäß § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg – Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz, BbgDSchG vom 24. Mai 2004 (GVBl. I. S. 215) in die Denkmalliste des Landes Brandenburg eingetragen ist. Dem Schutz dieses Gesetzes unterliegt ebenfalls die Umgebung des Denkmals gemäß § 2 Abs. 3 BbgDSchG. Nach Prüfung der vorliegenden Unterlagen bestehen aus denkmalrechtlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken, da innerhalb der vorliegenden Prüffläche keine erheblichen Beeinträchtigungen des Denkmals zu erwarten sind (Erscheinungsbild). Damit die Anlagen nicht sehr störend im natürlichen Raum und auch in der Blickachse mit der Mühle wirken, wird eine Abpflanzung oder Begrünung entlang der L 85 empfohlen. Es wird darauf hingewiesen, dass das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum (BLDAM) als Träger öffentlicher Belange gesondert am Verfahren zu beteiligen ist.</p> <p>Untere Denkmalschutzbehörde, Bodendenkmalschutz Die Belange des Bodendenkmalschutzes finden in den Unterlagen ausreichend Berücksichtigung.</p>	<p>Die Verlegung von Elektrokabeln zur Stromnetzanbindung an das Umspannwerk Golzow unterliegt einem gesonderten Verfahren.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine entsprechende Randbepflanzung ist bereits flächenkonkret in Planzeichnung und inhaltskonkret in der textlichen Festsetzung Nr. 8 geregelt.</p> <p>Abwägung nicht erforderlich</p>

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>Fachdienst Landwirtschaft Da für die Umsetzung des Planvorhabens landwirtschaftlich genutzte Flächen in Anspruch genommen werden, bittet der Fachdienst Landwirtschaft um frühzeitige Rücksprache mit dem betroffenen Bewirtschafter. Der Fachdienst Landwirtschaft weist darauf hin, dass die Umsetzung des Planvorhabens im Einvernehmen mit dem Bewirtschafter erfolgen soll, um eine angemessene Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange sicherzustellen. Unter Berücksichtigung des vorgenannten Hinweises bestehen seitens des Fachdienstes Landwirtschaft keine Bedenken hinsichtlich des Planvorhabens.</p> <p>Fachdienst Brand-, Katastrophen- und Zivilschutz, Bereich Brandschutz Nach den Vorgaben des BauGB sind u. a. die Belange der Versorgung mit Wasser bei der Aufstellung der Bauleitpläne besonders zu berücksichtigen [§ 1 (6) Nr. 8e BauGB]. Daher ist darauf zu achten, dass eine für die Feuerwehr ausreichende Löschwasserversorgung sichergestellt ist. Die gesamte Löschwassermenge muss dabei in einem Umkreis (Radius) von 300 Metern um jedes Bauvorhaben zur Verfügung stehen. Vor den Löschwasserentnahmestellen sind Bewegungsflächen herzustellen. Auf eine ausreichende Anzahl von Zufahrten sowie eine Umfahrung der Anlage wird hingewiesen (Ausführung nach „Muster-Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr“ Fassung Februar 2007 zuletzt geändert im Oktober 2009, als Mindestanforderung auszuführen; Zufahrten, Aufstell- und Bewegungsflächen der Nutzungskategorie N Fw, nach den Richtlinien für begrünbare Flächenbefestigungen der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau (FLL), erfüllen ebenfalls die bauaufsichtlichen Anforderungen). Vor Beginn der Ausführung ist zwingend eine Abstimmung mit der Brandschutzdienststelle herbeizuführen und entsprechend nachweislich zu dokumentieren. [§ 14 BbgBO in Verbindung mit § 3 (1) Nr. 1 BbgBKG und dem Arbeitsblatt des DVGW W- 405].</p> <p>Untere Jagdbehörde Keine Äußerung</p> <p>Fachdienst Gesundheit Der Fachdienst Gesundheit äußert sich entsprechend § 4 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsschutz im Land Brandenburg (Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz – BbgGDG) vom 23.04.2008 in der aktuellen Fassung zum umweltbezogenen Gesundheitsschutz und damit verbundenen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung. Das o.g. Vorhaben wurde anhand vorgelegter Begründung mit Umweltbericht, Stand Entwurf 14.11.2025, bezüglich der Auswirkungen und Einflüssen auf das</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Das Plandokument enthält bereits die textliche Festsetzung Nr. 11 sowie Hinweis Nr. 3 zum Brandschutz. Ein Feuerwehrplan gemäß DIN 14095 wird in Abstimmung mit den zuständigen Behörden im Zuge des Bauantrags erarbeitet.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Abwägung nicht erforderlich</p>

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>Schutzgut Mensch betrachtet. Für die Errichtung der Photovoltaikanlage in 3 Teilbereichen im derzeitigen Außenbereich ist die Aufstellung eines verbindlichen Bauleitplanes erforderlich.</p> <p>Trinkwasser Das Plangebiet befindet sich außerhalb von Trinkwasserschutzzonen.</p> <p>Immissionen Photovoltaik-Flächenanlagen können von Menschen als ästhetisch störend empfunden und negative Auswirkungen auf die Landschaft oder das Landschaftsbild gesehen werden. Die Veränderung der Landschaft kann bei einigen Personen Unbehagen oder sogar Stress verursachen, insbesondere wenn sie das Bild der ländlichen Umgebung verändern. „Das Landschaftsbild hat für viele Menschen eine sehr hohe Bedeutung, da es zur Erholung, zu einem Sich-Wohlfühlen und damit zur Lebensqualität beiträgt“ (Quelle: Frohmann und Schauppenlehner 2020, S. 276; Veröffentlichung: Auswirkungen von Solarparks auf das Landschaftsbild, Kompetenzzentrum Natur und Energiewende, 2020). Die Wirkung auf das Landschaftsbild lässt sich reduzieren, in dem auch sichtverschattende Anpflanzungen (sogenannte Abpflanzungen) getätigt werden. (Quelle: Auswirkungen von Solarparks auf das Landschaftsbild, Kompetenzzentrum Natur und Energiewende, 2020). Aus Sicht des FD Gesundheit wird daher darauf hingewiesen, dass dort, wo die Anlagen an Wege und Straßen grenzen zur Begrünung Hecken- und Baumstreifenbepflanzungen zur optischen Abschirmung gewählt werden. Die Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt ist zum Vorhaben zu beachten. Es ergehen zu den eingereichten Unterlagen zum jetzigen Stand keine weiteren Hinweise, Anregungen und Einwendungen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Entsprechende Gehölzanpflanzungen sind bereits zeichnerisch und textlich festgesetzt.</p> <p>Es können nur einheimische, standortgerechte Gehölzarten aus der Artenliste gepflanzt werden.</p> <p>Abwägung nicht erforderlich</p>
23	Landkreis Potsdam-Mittelmark, Untere Bodenschutzbehörde	27.03.2026	<p>Bezüglich des vorsorgenden Bodenschutzes ist für die Erstellung der Genehmigungsplanung die im Land Brandenburg verbindlich eingeführte Arbeitshilfe „Bodenschutz bei Standortauswahl, Bau, Betrieb und Rückbau von Freiflächenanlagen für Photovoltaik und Solarthermie“ (LABO Stand 02/2023) unbedingt zu berücksichtigen. Für Maßnahmen für den vorsorgenden Bodenschutz sind Maßnahmeblätter zu erarbeiten.</p>	<p>Die Begründung enthält bereits den Hinweis auf die LABO-Arbeitshilfe; Maßnahmeblätter zum Bodenschutz werden im Zuge der Genehmigungsplanung erarbeitet.</p>
24	Landkreis Potsdam-Mittelmark, Untere Naturschutzbehörde	17.04.2026	<p>Die Untere Naturschutzbehörde bestätigt Folgendes: Sofern die plangebietsinternen Maßnahmen im Ergebnis des Monitorings die Reviere der planbedingt verdrängten Feldlerchen-Brutpaare aufnehmen, entfällt für den Vorhabenträger die Pflicht zur Durchführung plangebietsexterner Maßnahmen für die Feldlerche. Sollte sich durch das Feldlerchen-Monitoring allerdings</p>	

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			herausstellen, dass die plangebietsinternen Maßnahmen nicht oder nicht vollständig erfolgreich waren, weil sich weniger Feldlerchen-Brutpaare angesiedelt haben als Feldlerchen-Brutpaare vorhabensbedingt verdrängt wurden, sind ersatzweise plangebietsexterne Maßnahmen für die Feldlerchen durchzuführen, bis zum Erfolg und darüber hinaus durchzuführen. Die genannten Schwarzbrache-Flächen halte ich zur Ansiedlung von Feldlerchen für geeignet. Die entsprechenden Maßnahmeflächen dürfen nicht bereits durch Feldlerchen besiedelt sein. Zur Sicherstellung der artenschutzrechtlichen maßnahmen halte ich städtebauliche Verträge - wie geplant - für geeignet.	Sämtliche genannten potentiellen Ersatzflächen werden derzeit und aller Voraussicht nach bis zur möglichen Inanspruchnahme intensiv ackerbaulich genutzt; bei Umstellung auf Schwarzbrache ist die beabsichtigte zusätzliche Aufnahme der vorhabensbedingt verdrängten Feldlerchen-Brutpaare daher gegeben.
25	NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Potsdam		Keine Stellungnahme abgegeben, Leitungsauskunft nur online	
26	Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming	25.02.2026	<p>1. Formale Hinweise</p> <p>Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist nach § 4 Abs. 2 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) vom 08.02.2012 (GVBl. I Nr. 13), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.05.2024 (GVBl. I Nr. 20), Trägerin der Regionalplanung in der Region Havelland-Fläming. Ihr obliegt die Aufstellung, Fortschreibung, Änderung und Ergänzung des Regionalplans als übergeordnete und zusammenfassende Landesplanung im Gebiet der Region.</p> <p>Die Satzung über den Sachlichen Teilregionalplan Grundfunktionale Schwerpunkte wurde mit Bescheid vom 23.11.2020 von der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg genehmigt. Mit der Bekanntmachung der Genehmigung im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 51 vom 23.12.2020 trat der Sachliche Teilregionalplan in Kraft.</p> <p>Die Regionalversammlung Havelland-Fläming hat am 27.06.2019 die Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 28 vom 24.07.2019 bekannt gemacht.</p> <p>In der Sitzung der Regionalversammlung am 26. Juni 2025 wurde der 2. Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0, bestehend aus textlichen Festlegungen, Festlegungskarte und Begründung gebilligt. Zudem wurde beschlossen, diesen gemäß § 9 Absatz 3 des Raumordnungsgesetzes (ROG) in Verbindung mit § 2 Absatz 3 RegBkPIG im Internet zu veröffentlichen und Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.</p> <p>Am 17.11.2022 hat die Regionalversammlung Havelland-Fläming den Beschluss gefasst, die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen und hierfür einen Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen. Die</p>	

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>Satzung über den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 wurde mit Bescheid vom 26.09.2024 genehmigt. Mit der Bekanntmachung der Genehmigung im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 42 vom 23.10.2024 trat der Sachliche Teilregionalplan in Kraft. Zugleich wurde von der Landesplanungsbehörde festgestellt, dass der Sachliche Teilregionalplan mit dem regionalen Teilflächenziel von mindestens 1,8 Prozent der Regionsfläche für den Stichtag 31.12.2027 nach Art. 1 des Brandenburgischen Flächenzielgesetzes vom 08.03.2023 (GVBl. Nr. 3) in Einklang steht.</p> <p>Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming hat in ihrer Sitzung am 27. November 2025 mit Beschluss-Nr. 02/05/01-1 den Entwurf der 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming, bestehend aus textlichen und zeichnerischen Festlegungen einschließlich Begründung gebilligt und den Umweltbericht sowie die Ausarbeitung „Ausweisung als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land“ zur Kenntnis genommen sowie den Beschluss gefasst, diesen zu veröffentlichen und Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Absicht dieses Änderungsverfahrens ist, zwei weitere Flächen als Vorranggebiet für die Windenergienutzung festzulegen, die nach § 4 des Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) zusätzlich auf das regionale Flächenziel angerechnet werden können. Die Abgabe einer Stellungnahme ist vom 22. Januar 2026 bis einschließlich 27. Februar 2026 möglich.</p> <p>2. Regionalplanerische Belange Gemäß dem 2. Entwurf des Regionalplans 3.0 werden im Vorhabengebiet keine Festlegungen getroffen. Belange der Regionalplanung sind durch das Vorhaben unberührt.</p>	Keine Abwägung erforderlich
27	Stadt Bad Belzig		Keine Stellungnahme abgegeben	
28	Stadt Beelitz	27.02.2026	Keine Anregungen und Bedenken. Es werden keine Belange der Stadt Beelitz berührt.	Abwägung nicht erforderlich
29	Stadt Brück	16.04.2026	nicht berührt	Abwägung nicht erforderlich
30	Wasser- und Abwasserzweckverband „Hoher Fläming“, Brück	---	Keine Stellungnahme abgegeben	
31	Wasser- und Bodenverband "Großer Havelländischer Hauptkanal-Havelkanal-	17.03.2026	Das Plangebiet befindet sich im Zuständigkeitsbereich des Wasser- und Bodenverbands "Plane-Buckau"	Abwägung nicht erforderlich

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
	Havelseen", Nauen			
32	Wasser- und Bodenverband „Plane-Buckau“, Golzow	---	Keine Stellungnahme abgegeben	
33	Zentraldienst der Polizei Brandenburg	---	Keine Stellungnahme eingegangen	
34	50Hertz Transmission GmbH, Berlin	---	Keine Stellungnahme eingegangen	
	Bürgerbeteiligung	---	Keine Stellungnahme eingegangen	